

Schulden pro Kopf steigen

Wiesbaden/Schwerin. Die Hilfsprogramme zur Eindämmung der Pandemieeffolgen haben im ersten Corona-Jahr den Schuldenberg in MV wieder kräftig anwachsen lassen. Wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch in Wiesbaden mitteilte, stand das Land Ende 2020 bei Banken und anderen nicht-öffentlichen Kreditgebern mit 8,445 Milliarden Euro in der Kreide. Das waren 904 Millionen Euro oder 12 Prozent mehr als Ende 2019. Zuvor hatte MV dank guter Konjunktur und sprudelnder Steuern jahrelang seine Schulden abbauen können. Die Pro-Kopf-Verschuldung erreichte Ende vorigen Jahres 5247 Euro und lag damit unter dem Durchschnitt der Bundesländer (7652).

Die Schulden aller Bundesländer stiegen binnen Jahresfrist um 9,8 Prozent auf 636 Milliarden Euro, die vom Bund um 18,1 Prozent auf 1403 Milliarden Euro. Als Reaktion auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie hatte der Landtag in Schwerin im Dezember einen Nachtragshaushalt mit 2,15 Milliarden Euro an neuen Krediten beschlossen. Zusammen mit einem zuvor schon verabschiedeten Hilfsprogramm über 700 Millionen Euro summierte sich die Neuverschuldung für den zuvor ohne Kredite geplanten Doppeletat für die Jahre 2020/2021 auf insgesamt 2,85 Milliarden Euro.

IN KÜRZE

Fünf Verletzte bei Unfall nahe Schwaan

Schwaan. Fünf Menschen, darunter drei Kinder, sind bei einem Unfall nahe Schwaan (Landkreis Rostock) verletzt und ins Krankenhaus gebracht worden. Nach Angaben der Polizei brach eine Autofahrerin das Überholen eines anderen Wagens ab, weil ihr ein Fahrzeug entgegenkam. Dabei habe sie die Kontrolle über ihr Auto verloren, das nach rechts von der Fahrbahn abkam, gegen einen Baum prallte und sich überschlug. Alle fünf Insassen – zwei Erwachsene und drei Kinder – seien dabei verletzt worden. Auf der Strecke kam es zu langen Staus.

Warnung vor Salmonellen in Wurst

Schwerin. Wegen Salmonellenverdachts ruft der Hersteller Embutidos Caula Wurstprodukte mit der Bezeichnung „Fuet Selection Extra“ in verschiedenen Ausführungen zurück. Wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte, wurden die Sorten aus dem Verkauf genommen. Die Produkte wurden auch in MV angeboten.

Kampf um Frühchenstation

Neubrandenburg. Der Kreistag Mecklenburgische Seenplatte hat den Bundestag und den zuständigen Bundesausschuss zu einer Gesetzesänderung aufgefordert, um die Frühchenstation im Klinikum Neubrandenburg erhalten zu können. Ohne Änderungen müsse die Station schließen, teilte Kreistagspräsident Thomas Diener (CDU) mit. Hintergrund des Protestes ist ein Bundestagsbeschluss, wonach solche Perinatalzentren nur noch betrieben werden sollen, wenn es mindestens 25 Fälle pro Jahr gibt. Diese Regelung gehe vollkommen an der Realität vorbei, so Diener.

GEWINNZAHLEN

Lotto am Mittwoch:
8 - 10 - 11 - 19 - 31 - 47
Superszahl: 3
Spiel 77: 6 0 6 7 13 2
Super 6: 7 6 8 7 6 3

Keno vom 28. Juli
2, 4, 9, 10, 18, 25, 30, 31, 33, 34, 35, 44, 45, 46, 47, 56, 59, 61, 62, 67
Gewinnzahl plus5: 19 314
(ANGABEN OHNE GEWÄHR)

Wettlauf um Welterbe-Titel

Das Land schlägt astronomische Uhr in Rostock und Historisch-Technisches Museum Peenemünde für Unesco-Liste vor.

Von Andreas Meyer

Rostock/Peenemünde. Die Chinesische Mauer, die Akropolis in Athen, Machu Picchu in Peru und die Freiheitsstatue in New York stehen bereits auf der Liste. Und Rostock könnte bald folgen: Die astronomische Uhr in der Marienkirche soll zum Weltkulturerbe der Vereinten Nationen werden.

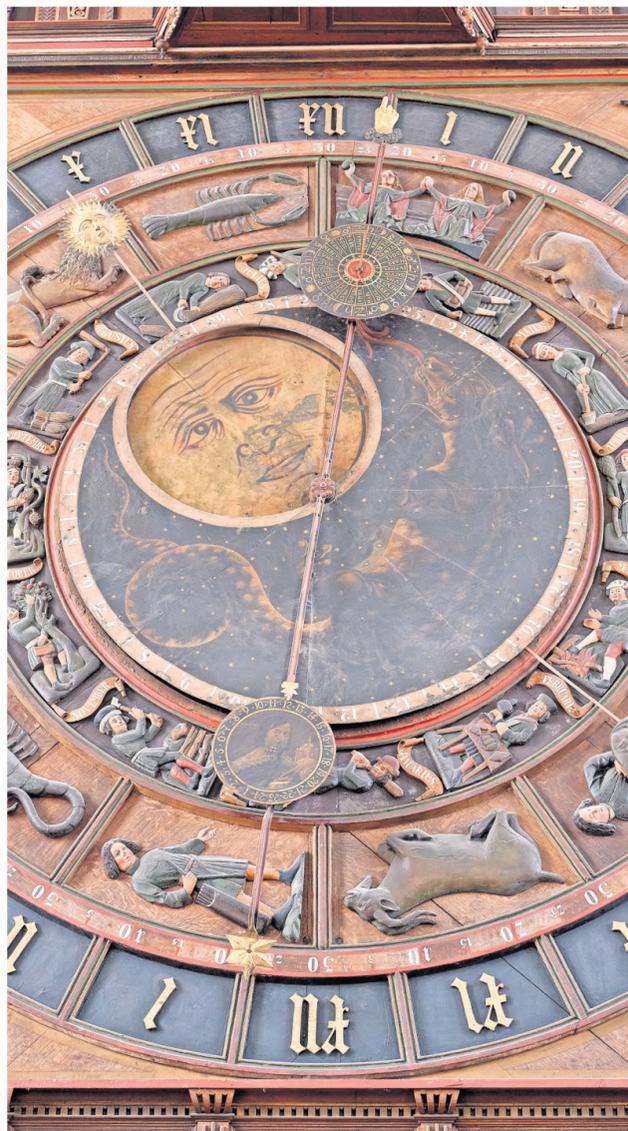
Nach OZ-Informationen hat die Landesregierung entschieden, nicht nur das Historisch-Technische Museum in Peenemünde, sondern auch die einzigartige Kirchen-Uhr der Unesco als Welterbe vorzuschlagen. Der historische Zeitmesser sei ein weltweit einzigartiges Monument, eine „wissenschaftliche, technische, künstlerische und kulturgeschichtliche Spitzenleistung des 14./15. Jahrhunderts“, so die zuständige Kulturministerin Bettina Martin (SPD).

Seit 1472 zeigt die astronomische Uhr in St. Marien nicht nur Stunde, Minute und den Wochentag, sondern auch die Tierkreiszeichen, die Mondphasen sowie den Stand von Sonne und Mond, verlässlich und präzise seit fünfzehnhundert Jahren. Erst 2018 war die Kalenderscheibe zuletzt gewechselt worden. Sie reicht nun bis 2150. Die neue Kalenderscheibe für das rund elf Meter hohe Uhrwerk wurde vom Rostocker Historiker Prof. Dr. Manfred Schukowski entworfen.

„An der Uhr kann neben den sichtbaren zahlreichen Daten und Fakten das Welt- und Gottesbild der Vergangenheit abgelesen werden“, sagt Marien-Küster Anselm Pell. Auch die Präzision der astronomischen Darstellung sei „ein Meisterwerk“. Zu jeder vollen Stunde ertönt ein Musikspiel, jeweils zur vollen zwölften und 24. Stunde eines Tages führt die Uhr automatisch auch ein Figurenspiel auf.

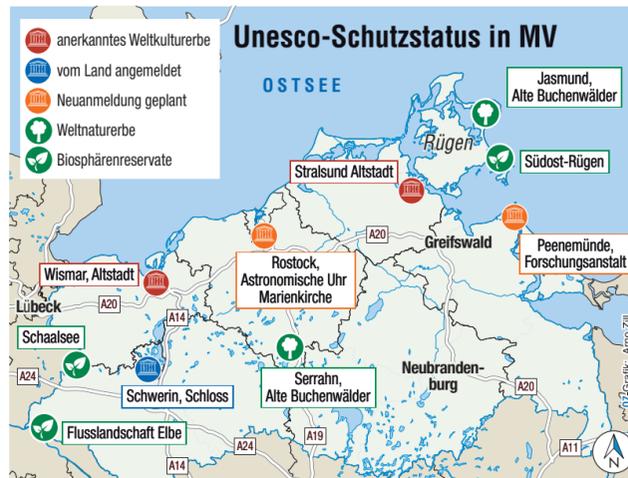
Schukowski – mittlerweile 93 Jahre alt – ist sichtlich bewegt, dass es nun endlich klappen könnte mit dem lang ersehnten Unesco-Titel: „Das ist eine tolle Nachricht. Bis heute stehe ich immer wieder staunend vor dieser Spitzenleistung der Vergangenheit.“ Die Uhr vereine Wissenschaft und Technik des Mittelalters, Religion, Kunst und Handwerk ihrer Zeit wie kein zweites Monument.

Alle zehn Jahre dürfen die Bundesländer Vorschläge machen:



Welche Orte in Deutschland sollen Welterbe der Vereinten Nationen werden? Für die neue Vorschlagsliste – die sogenannte Tentativliste – will MV bis Ende Oktober die astronomische Uhr in Rostock und das Historisch-Technische Museum in Peenemünde melden.

Rund 1150 Welterbe-Stätten gibt es rund um den Globus, bisher 50 davon in Deutschland. Und die Hürden, den begehrten Titel zu erlangen, sind hoch: Die Unesco, die Kultur-Organisation der Vereinten Nationen, vergibt den Welterbestatus nur an Stätten, die einen



Die astronomische Uhr zeigt nicht nur Stunde, Minute und den Wochentag, sondern auch die Tierkreiszeichen, die Mondphasen sowie den Stand von Sonne und Mond an.

FOTO: FRANK SÖLLNER

„außergewöhnlichen universellen Wert, ihre Bedeutung nicht nur für nationale oder lokale Gemeinschaften, sondern für die gesamte Menschheit“ haben. Heißt: Ein Welterbe muss einzigartig sein, Zeugnis für besondere Leistungen oder Entwicklungen der Menschheitsgeschichte.

Aktuell gibt es im Nordosten nur ein einziges Weltkulturerbe – die Altstädte von Wismar und Stralsund. Aber: Die Unesco erkennt mittlerweile nicht nur Kulturstätten, sondern auch einzigartige Naturräume als besonders schützenswert an – als Weltnaturerbe.

Und diesen Titel tragen in MV die Buchenwälder im Nationalpark Jasmund auf Rügen und rund um Serrahn.

Zudem gibt es die Kategorie des sogenannten „immateriellen Welterbes“. Besondere Bräuche und Traditionen sollen dadurch erhalten werden. Auf dieser Liste stehen aus MV unter anderem das Barther Kinderfest, der Forst- und Köhlerhof Wiethagen bei Rostock, das Tonnenabschlagen auf dem Darß und Fischland, die plattdeutschen Theater in Rostock, Wismar, Stralsund und auch Neubrandenburg. Die Zeesboote der vorpommerschen Boddenlandschaft und die traditionellen Darßer Haustüren gelten ebenfalls als „immaterielles Kulturerbe“.

Immer noch offen ist, ob Schwerin zum Welterbe erklärt wird. Das Land hatte das Schloss und das dazugehörige Residenzenensemble bereits in der letzten Runde vorgeschlagen. Bisher gibt es aber kein positives Votum. Schon im Vorfeld war das Bad Doberaner Münster mit seiner einzigartigen, hochgotischen Ausstattung gescheitert – an den strengen Unesco-Regularien.

OZ-Umfrage zu Peenemünde

Kann ein Ort, an dem die Nazis Bomben entwickelten und erprobten, Welterbe werden? Vor zehn Jahren beantwortete der damalige Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) die Frage nicht mit einem klaren Nein. Nachfolgerin Manuela Schwesig hält die Anlagen der früheren Heeresversuchsanstalt, Waffenschmiede der V2-Bomben, für welterbewürdig – erntet dafür aber Kritik. Finden Sie, dass Peenemünde Weltkulturerbe werden kann?



OZ-Umfrage:
QR-Code scannen oder auf ostsee-zeitung.de/umfragen

Glawe: Dritte Impfung gegen Corona im Herbst

Schwerin. In MV steigen die Coronazahlen wieder an. Gesundheitsminister Harry Glawe (CDU) hat nun erklärt, wie es mit den Impfungen weitergehen soll und wie man auch die ländlichen Regionen besser erreichen will. „Wir gehen davon aus, dass im Oktober die dritte Impfung stattfinden wird“, sagte Glawe. Das bedeute, dass die Menschen, die im Dezember ihre ersten Impfungen bekommen haben, ab Oktober für eine Drittimpfung bekommen könnten.



Harry Glawe (CDU) FOTO: BÜTTNER/DPA

„Es wird begonnen die ältere Generation in den Pflegeheimen und Krankenhäusern zu impfen, aber auch den Pflegekräften dort und dem Personal in den Krankenhäusern soll eine Drittimpfung angeboten werden.“ Bis zur nächsten Woche solle intensiv darüber nachgedacht werden, wie verschiedene Altersgruppen erreicht werden können, so der Minister. Das betreffe vor allem die 16-Jährigen aufwärts. Außerdem gebe es die Überlegung mobile Impfteams bei Dorffesten einzusetzen, damit auch die Bevölkerung im ländlichen Raum ein Angebot bekommt.

Zu den Impfzentren sagt Glawe: „Der Bund wird die Finanzierung weitestgehend runterfahren. Wir sind der Überzeugung, dass wir mindestens in jedem Landkreis ein Impfzentrum brauchen, um im Oktober wieder durchstarten zu können. Dazu gehören aber auch mobile Teams“, so Harry Glawe.

Die Erstimpfungsrate liegt in MV aktuell bei 59,4 Prozent, zweitgeimpft sind 50,4 Prozent der Bevölkerung in MV. **nr**

Zoll prüft bei Schwarzarbeit

Stralsund. Der Zoll prüft in MV derzeit 39 Verdachtsfälle auf Schwarzarbeit im Transport- und Logistikgewerbe. Dabei geht es darum, ob Fahrer als Scheinselbstständige tätig sind, wie ein Sprecher des Hauptzollamtes in Stralsund am Mittwoch erläuterte. Auf diesem Wege versuchten Firmen sowohl Beiträge zur Sozialversicherung als auch den Mindestlohn zu umgehen.

Die Verdachtsfälle hätten sich aus einer bundesweiten Kontrolle am 16. Juli ergeben. Dabei seien 246 Frauen und Männer hinter den Lenkrädern befragt und die Unterlagen von 72 Unternehmen geprüft worden.

Wegen Wahlkampf: Besuchssperre für Landesbehörden

Staatskanzlei plant Ausweitung bestehender Regel für Abgeordnete / Opposition kritisiert Ungleichbehandlung

Von Martina Rathke

Schwerin. In hoher Taktfrequenz verteilen Landesminister derzeit Fördermittelbescheide, eröffnen Radwege oder informieren sich in Landeseinrichtungen. Parallel zu den Aktivitäten der Minister im Wahlkampf-Sommer plant die Landesregierung Änderungen für Informationsbesuche von Abgeordneten in Landeseinrichtungen.

Die Landesregierung will die bislang geltende Sechs-Wochen-Frist, in der Abgeordnete vor Landtagswahlen bislang keine Schulen besuchen durften, auch auf andere Landeseinrichtungen wie Polizeidienststellen, Hochschulen und JVs ausweiten. Regierungssprecher Andreas Timm begründet den Vorstoß mit dem geltenden Neutralitätsgebot vor Wahlen.

Während die Regierungsfractionen SPD und CDU den Vorstoß unterstützen, hagelt es von der Opposition harsche Kritik. „Der Vorstoß ist ein

unzulässiger Versuch, die Arbeit meiner Fraktion zu behindern und nicht zu akzeptieren“, sagt Links-Fraktionschefin Simone Oldenburg. Offenbar – so ihre Vermutung – möchte sich die Landesregierung einen weiteren Vorteil verschaffen.

Ähnlich argumentiert AfD-Fraktionschef Nikolaus Kramer. „Mitglieder der Landesregierung verschaffen sich mit dieser Änderung bestehender Regelungen einen unlauteren Wettbewerbsvorteil.“ Die Ausdehnung der Wahlkampfsperre bezeichnet er als einen „groben Einschnitt“ in die Informationsrechte der Abgeordneten.“

Der Chef der Staatskanzlei, Heiko Geue, hat bereits Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) über die geplanten Änderungen informiert, die bereits für diesen Wahlkampf und damit ab Mitte August gelten sollen. Die Ausweitung der Frist auf sechs Wochen für alle Landeseinrichtungen, für die bislang eine Sperre von 30 Tagen galt, begründet die Staats-

kanzlei nicht nur mit dem Neutralitätsgebot. Sie sei auch eine Annäherung an die für die Landesregierung geltende Selbstverpflichtung, in den letzten drei Monaten vor der Wahl mit der Öffentlichkeitsarbeit zurückhaltend zu sein, so Timm.

Links-Fraktionschefin Simone Oldenburg hat erhebliche Zweifel, dass

Landesminister sich an das selbst auferlegte Enthaltensgebot halten. Die von der Landesregierung beschworene eigene Zurückhaltung in Sachen Öffentlichkeitsarbeit sei eine Posse, so Oldenburg. Abgeordnete von CDU und SPD, die zugleich ein Regierungsamt bekleiden, wie Minister Christian Pegel (SPD) oder

Wirtschaftsminister Harry Glawe (CDU), seien weiterhin aktiv. Sie seien derzeit landauf, landab unterwegs, um Förderbescheide zu überreichen und Bänder durchzuschneiden. „Das ist eine inakzeptable Ungleichbehandlung.“ Die CDU-Fraktion möchte insbesondere die Polizeistationen aus dem Wahlkampf heraushalten, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Franz-Robert Liskow.

Auch die SPD-Fraktion unterstützt den Vorstoß. Alle Abgeordneten hätten während der gesamten Legislatur die Gelegenheit gehabt, Landeseinrichtungen zu besuchen. Das müsse man jetzt nicht in den letzten Wochen vor der Wahl nachholen, so der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Jochen Schulte. Minister, die für den Landtag kandidieren, hätten eine Doppelfunktion. Er erwarte von den Ministern, dass sie in den Wochen vor der Wahl die gleiche Zurückhaltung an den Tag legen wie die Abgeordneten.



Ribnitz-Damgarten: Gleich zwei Minister, Bettina Martin und Christian Pegel (beide SPD), überbrachten kürzlich Bürgermeister Thomas Huth (l.) Fördermittel für einen neuen Bildungscampus.

FOTO: R. NIEMEYER